

Wissenschaftlich gesehen ist Bildung heute als wichtigste Grundlage für eine positive individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsentwicklung anerkannt: Bildung fördert Persönlichkeitsentwicklung und Berufslaufbahn, aber auch Wachstum und Beschäftigung, Gesundheit, Demokratie oder Integration. Dieser anerkannt hohen theoretischen Bedeutung gegenüber ist der Wert von Bildung in der österreichischen Praxis offenbar gering, was zum Beispiel mit der hohen Zahl von SchulabbrecherInnen, der geringen Neigung, in die eigene Weiterbildung zu investieren, oder dem verbesserungswürdigen Image von LehrerInnen belegt werden kann. Ein erstes wesentliches Ziel künftiger Bildungspolitik muss es also sein, das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung zu steigern.

Fortsetzung Seite 2

Dazu gehört auch, Bildung weiter und breiter zu verstehen als „Schule und Ausbildung“. In seiner ursprünglichen Bedeutung meint der aus dem Althochdeutschen stammende Begriff „Bildung“ die Entwicklung des Menschen im Blick auf sein Mensch-Sein. „Bildung“ bedeutet, ein Bild, eine Sicht zu haben von sich, den anderen und der Welt. Auch ein zeitgemäßes Verständnis sieht Bildung als lebensdienlichen Prozess, der zwischen Kindern und Jugendlichen, Eltern und PädagogInnen „life wide“ (von der Erziehung in der Familie über Schule bis zu Peers) und „life long“ (von der frühkindlichen Bildung über Kindergärten, Schulen, Hochschulen bis zur Weiterbildung) stattfindet.

Einem solchen Verständnis von Bildung folgen – nun wieder aus Sicht der Industrie – drei große Bildungsziele: Die Bildung und Förderung einer ganzheitlichen Persönlichkeit, was sich auch an einer guten Allgemeinbildung zeigt; die Entwicklung besonderer Talente und Potenziale von Menschen bei gleichzeitiger Unterstützung von Personen mit besonderen Erfordernissen; die optimale Vorbereitung auf eine dynamische Berufswelt und die entsprechenden Arbeitsmärkte.

Visionen für Österreichs Bildung

Aus diesen Bildungszielen lassen sich einige Fantasien ableiten, wie die österreichische Bildungslandschaft in zehn Jahren aussehen könnte:

Alle in Österreich lebenden Menschen haben die Chance, die ihnen adäquaten Bildungsformen zu besuchen. Jugendliche wählen Ausbildung und Berufe nach Neigung und Fähigkeiten. Bildungssegregation (u.a. nach Sozialmilieus, Geschlecht oder Herkunft) gehört der Vergangenheit an.

Die Arbeit der „besten Hände“ hat die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie die Arbeit der „besten Köpfe“. Die duale Ausbildung genießt ein gutes Image; sie ist ein zentraler Ausbildungsweg für an beruflicher Bildung interessierte und qualifizierte Jugendliche.

Das österreichische Bildungssystem ist flexibel und passt sich laufend an veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen an. Die Schulautonomie ist gestärkt, die Schulleitung hat Personal- sowie Ressourcenverantwortung.

Die Leistungen von Pädagoginnen und Pädagogen werden geschätzt und anerkannt, ihr Image in der Bevölkerung ist hoch. In pädagogischen Berufen zu arbeiten ist aus inhaltlichen und finanziellen Gründen ein attraktives Ziel für Frauen und Männer.

Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen geworden. Nicht nur SchülerInnen und LehrerInnen, auch deren Unterstützungspersonal, selbstredend Eltern, aber auch das regionale Umfeld, Unternehmen und Vereine verstehen sich als am Bildungswesen beteiligte und kooperierende Systeme.

Reformmaßnahmen:

Bildung ist mehr als Schule

Bildung beginnt bereits bei den Kleinsten. Ein wichtiger Reformfokus liegt daher im Bereich der Elementarbildung und verlangt nach einer Aufwertung der Kinderbetreuung und der Kindergärten. Hier wird Begeisterung geweckt, hier beginnt Integration und in dieser Phase werden Bildungslaufbahnen entschieden. Maßnahmen wie ein einheitliches Bundesrahmengesetz und die Entwicklung einer optimalen Aus- und Weiterbildung für KindergartenpädagogInnen würden diese Aufwertung sichtbar und wirksam machen.

Statt sich zwischen „gemeinsamer Schule“ und „differenziertem System“ aufzureiben, braucht es für die umstrittene Sekundarstufe I, also die 11- bis 14/15-Jährigen, neue Modelle. Eine solche „neue Schule“ steigert die Bildungsqualität mit attraktiven Lehrmethoden. Sie setzt auf die Förderung individueller Fähigkeiten und Begabungen, lässt aber auch die weniger Begabten nicht zurück. Sie vermeidet soziale Selektion und zu frühe Entscheidung für die weiterführende Ausbildung- bzw. Berufswahl.

Aber nicht nur in der Sekundarstufe I müssen Maßnahmen gegen Bildungssegregation gesetzt werden: Mädchen und Burschen, einheimische und zugewanderte Personen, Menschen aus unterschiedlichen Sozialmilieus sollen ihre Bildungschancen besser umsetzen können. Darüber hinaus braucht es fördernde Maßnahmen für junge Menschen mit abgebrochener Schullaufbahn.

Wünschenswert ist eine bessere Verbindung von „Bildungswelt“ und „Arbeitswelt“. Dazu kann auch ein verstärktes Engagement der Unternehmen beitragen, unter anderem durch Einbindung in den schulischen Unterricht, in der Lehreraus- und -weiterbildung, zur besseren Vermittlung von MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)-Kompetenzen, Sprach- und Wirtschaftskennntnissen vom Kindergarten bis zur Universität.

Ein modernes, prozessorientiertes Modell der Bildungs- und Berufsinformation versteht sich auch als Lebensorientierung und als Prozess zur persönlichen Entscheidungsfindung. Es sorgt dafür, dass Ausbildungs- und Berufsentscheidungen deutlich stärker den Interessen und Fähigkeiten der jungen Menschen entsprechen.

Bildung soll in Österreich als zentraler Wert und als wesentlicher Faktor für Selbstverwirklichung, Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt erkannt und geschätzt werden: Dazu braucht es kreative und einprägsame Initiativen und Maßnahmen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für die hohe Bedeutung von Bildung zu stärken.

Einige der genannten Reformvorhaben sind auch im viel kritisierten Regierungsprogramm enthalten, das Bildungskapitel zählt wohl zu seinen konstruktivsten Teilen. Darüber hinaus wird es aber viel Aufmerksamkeit und Anstrengung brauchen. Von uns allen.

Dr. Christian Friesl
Bereichsleiter „Bildung und Gesellschaft“ in der Industriellenvereinigung

Es lebe der Sport!

Ja, wenn nicht das Geschäft die Moral verdrängt ...

Stellen Sie sich vor, Sie sind zu einer Party eingeladen und erfahren, dass es beim Gastgeber nicht gerade anständig zugeht: Familienmitglieder werden misshandelt, das Personal wird ausgebeutet, beim Errichten des Hauses und Gartens hat man sich kaum an Bauvorschriften oder Umweltauflagen gehalten. Liegt es da nicht nahe, dass Sie der Veranstaltung fernbleiben und den Hausherrn wissen lassen, was Sie von ihm halten?

Wenn man nun das Wort „Party“ durch das Wort Sport-Großveranstaltung (wie Olympische Spiele oder Fußball-Weltmeisterschaft) ersetzt und der Gastgeber ein Staat ist, dessen Haltung zu Menschenrechten und/oder ökologischer Verantwortung Sie absolut nicht akzeptieren können, liegt es wohl auch nahe, dass man an einen Boykott einer solchen Veranstaltung denkt. Ein Land wie Russland, das keine echte Opposition zulässt und zum Beispiel Homosexuelle diskriminiert, wirkt nicht würdig, Olympische Spiele, wie gerade in Sotschi, oder die für 2018 geplante Fußball-WM auszutragen. Katar, das die Fußball-WM 2022 veranstalten soll, wird unter anderem vorgeworfen, dass es schon zahlreiche Todesfälle unter den wie Sklaven gehaltenen GastarbeiterInnen gegeben habe. Brasilien, Veranstalter der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Sommerspiele 2016, erntet wegen der hohen Investitionen in Sportanlagen bei gleichzeitigen großen sozialen Problemen, aber auch wegen seiner Vernachlässigung der Umwelt herbe Kritik.

Fragwürdige Vergabepaxis

Die Debatten sind nicht neu, es gab sie unter anderem schon 1936, als Adolf Hitler die Olympischen Spiele in Berlin für politische Propaganda missbrauchte, 1980, als die Sowjetunion vor den Spielen in Moskau in Afghanistan einmarschiert war, und 2008, als anlässlich der Spiele in Peking zu Recht die chinesische Politik gegen-

über der eigenen Opposition, aber auch gegenüber Tibet angeprangert wurde.

Natürlich ist schon die Vergabe einer Großveranstaltung an Diktaturen oder Länder mit dubioser Menschenrechtsslage zu kritisieren. Der Verdacht ist auch nicht unberechtigt, dass bei solchen Vergaben Korruption eine Rolle spielt. Jener Gigantismus, der heute zu solchen Events gehört, lässt sich aber anscheinend fast nur noch in solchen Ländern durchsetzen. Wo Bürger demokratisch über Olympia-Bewerbungen mitbestimmen durften, kamen diese meist nicht zustande – man scheut den Rummel, die Umweltbelastungen, vor allem aber auch die kaum hereinzubringenden Kosten – etwa für den Bau von Sportanlagen, die zum Teil bald verfallen, weil bestimmte Sportarten im Veranstalterland gar nicht populär sind.

Sport-Boykotte erreichten im Grunde nur 1980 ein markantes Ausmaß, als viele westliche Länder Moskau fernblieben, und 1984, als die Sowjets und ihre Verbündeten Los Angeles boykottierten. Echte politische Erfolge brachten sie nie. Schwer treffen sie aber so manchen Sportler, der nur alle paar Jahre Gelegenheit zur Teilnahme an einem Großereignis hat.

Boykotte und verhinderte Olympiasieger

Sagt Ihnen der Name Henry Rono etwas? 1978 stellte dieser Athlet aus Kenia innerhalb weniger Wochen mehrere Weltrekorde im Langstreckenlauf auf, einen davon – über 10.000 Meter – sogar in Österreich. Henry Rono hat etliche Siege gefeiert, es aber nie zu olympischen Ehren gebracht. 1976 zog sich Kenia von den Olympischen Spielen in Montreal zurück. Einige afrikanische Länder forderten damals, Länder, die Sportbeziehungen zum Apartheid-Staat Südafrika unterhielten, von den Spielen auszuschließen. Sie setzten sich nicht durch und boykottierten die Spiele.

Vier Jahre später, Rono war inzwischen am Zenit seines Leistungsvermögens, wurde der kenianische Läufer

erneut ein Boykottopfer. Denn 1980, als Moskau Olympiastadt war, schloss sich Kenia dem von den USA angeführten großen Boykott mehrerer Staaten an, die damit gegen den Einmarsch sowjetrussischer Truppen in Afghanistan protestierten. Auf der Strecke blieben viele Sportler, die nun keine Chance bekamen, um Medaillen zu kämpfen.

Aktive Sportler haben keinen Einfluss darauf, wo Olympische Spiele stattfinden, welche anderen Länder daran teilnehmen und wer korrekte oder nicht akzeptable Politik betreibt. Worauf sie aber Einfluss haben und wo von ihnen Moral gefordert werden muss, sind Fairness, Einhaltung der Regeln, Verzicht auf Doping oder Wettbetrug – Dinge, die in der heutigen, zum großen Geschäft gewordenen Sportwelt leider zum Alltag gehören – wie die ständige Angst vor Terroranschlägen.

Heuer wurde nicht zum ersten und wohl auch nicht zum letzten Mal erwogen, bei groben Verstößen eines Landes gegen die Menschenrechte dieses Land zu boykottieren. Das ist legitim und verständlich, nur sollte man damit nicht beim Sport, sondern politisch und ökonomisch beginnen.

Zu tadeln sind jene, die Ländern mit zweifelhaftem Ruf Sport-Großereignisse übertragen. Und Protest durch Daheimbleiben sollten die prominenten Zaungäste solcher Events, vor allem die aus der Politik, üben und damit den Auftritt eines fragwürdigen Gastgebers auf der Weltbühne stören.

Von den Sportlern einen Verzicht auf die Frucht jahrelangen Trainings zu verlangen, solange Politiker und Wirtschaftsleute mit dem Veranstalterland fröhlich ihre Geschäfte abwickeln, ist billige Heuchelei.

Dr. Heiner Boberski

Der Autor ist Redakteur der „Wiener Zeitung“ und Buchautor (zuletzt: „Weltmacht oder Auslaufmodell – Religionen im 21. Jahrhundert“, Tyrolia Verlag, 2013).

Opfer – ein brisanter Begriff

Der Opferbegriff zählt zu den widersprüchlichsten Grundbegriffen unserer Kultur. Einerseits wird er mehr denn je in Anspruch genommen, weil die Sensibilität für Opfer gestiegen ist. Andererseits ist ein unkritischer Gebrauch inakzeptabel geworden. Angesichts einer unfassbaren Opfergeschichte empfinden wir jeden Missbrauch der Opferkategorie, etwa um politische oder militärische Maßnahmen, ethische Ansprüche oder religiöse Ideale zu begründen, als empörend. Täglich sind wir mit Opfern konfrontiert, in Kriegen, Hungersnöten und Naturkatastrophen, durch Verkehr und Krisen.

Opfer und Täter unterscheiden

Die eigentliche Brisanz des Opferbegriffs liegt nun darin: Er ist unverzichtbar, weil er eine Differenz anzeigt, die sozial und ethisch nicht eingezogen werden darf, und zwar die Unterscheidung von Opfern und Tätern. Er ist darum auch anstößig und skandalös, weil er die Verletzung des Anspruchs eines Lebens in Würde und Gerechtigkeit markiert. Ein Opfer zu werden heißt, ein Subjekt der Gewalt, des Leidens, des Lebensverlustes zu werden. Es heißt, mörderischen Ideologien ausgeliefert zu sein. Menschen werden zu Opfern, weil sie von Tätern zu Opfern gemacht werden.

Die Unterscheidung von Opfern und Tätern ist eine Basisunterscheidung einer jeden Gesellschaft, erst recht einer opfersensiblen. Diese Unterscheidung berührt ihre Macht- und Gewaltverhältnisse, sie berührt ein komplexes Netz miteinander zusammenhängender Fragen: Wer sind Opfer in unserer Gesellschaft? Werden sie erkannt oder werden sie übersehen und verschwiegen? Welche Menschen erinnern wir als Opfer im kollektiven Gedächtnis und welche nicht? Anders herum gefragt: Wer ist verantwortlich für die Existenz von Opfern? Wer opfert Menschen für welche Zwecke? Und was ist mit jenen Graubereichen, wo die saubere Trennung von Tätern und Opfern nicht möglich ist, weil in einem gesellschaftlichen Gefüge anonyme und strukturelle „Mit-

täterschaften“ und „Mitopferschaften“ entstehen? Angesichts großer kollektiver Gewaltexzesse wie der Weltkriege und Völkermorde gewinnen diese Fragen ein großes Gewicht für das Selbstverständnis und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften.

Religionsgeschichtliche Hintergründe

Die Opfer/Täter-Problematik hat sozialgeschichtlich weit zurückreichende Wurzeln. Darum wird in noch nicht säkularisierten Gesellschaften das Opferbewusstsein vor allem im religiösen Kult präsent gehalten. Der Opferkult war in allen Hochreligionen vorhanden. Allerdings musste der Opferbegriff im religiösen Kontext gedeutet werden: Opfer innerhalb des religiösen Kults, wie der klassischen Tieropfer, waren nicht nur Opfer von gewaltsamer Tötung (victima/victim), sondern wurden durch die Opfergabe an die Gottheit in ein religiöses Opfer verwandelt (sacrificium/sacrifice). Als sacrificium war das Opfertier entweder Dank- oder Sühneopfer, das Menschen darbrachten, um für ihre Existenz bzw. für ihre Entsöhnung von Schuld zu bitten und zu danken. Denn in archaischen und antiken Gesellschaften, die nicht minder zerrissen waren von Konflikten, Gewalt und Täter-Opfer-Verhältnissen, hing alles Leben von der lebensstiftenden Gunst und Gnade der Götter ab.

Darum findet auch in der Bibel eine intensive Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Opfern statt, sei es in Form einer theologischen Begründung (des Jerusalemer Tempels als zentraler Opferkultstätte), sei es als prophetische Kritik an einem problematischen Opferverständnis, das deutlich machte, dass Gott nicht Opfer, sondern Barmherzigkeit verlange (vgl. Hosea 6,6). Zu glauben, ein Tieropfer mache Gott gnädig und ersetze die eigentliche sittliche Leistung, nämlich Gerechtigkeit und Liebe zu üben, ist in den Augen der Propheten ein falscher Gottesdienst. Diese biblische Auseinandersetzung zeigt, dass es im Judentum schon eine

klare Tendenz der „Spiritualisierung“ und „Ethisierung“ des Opferkultes gab. Das Christentum knüpfte hier unmittelbar an und verstand den Tod Jesu als ein für alle Mal geschehene Entsöhnung mit Gott, die jeden weiteren Opferkult überflüssig machte. Weil Gott mit dem Menschen durch Tod und Auferstehung Jesu versöhnt ist, darum braucht kein sacrificium mehr durch eine gewaltsame Tötung (victima) eines Lebewesens dargebracht werden. Die Erinnerung an den Tod Jesu in der Eucharistie ist das Opfer der freiwilligen Hingabe aus Liebe, damit Menschen durch Verzeihen aus dem Kreislauf der Opfer- und Täterschaft entkommen können.

Mit dem Verschwinden des Opferkultes in den Weltreligionen scheint der Opferbegriff überflüssig geworden zu sein. Der Religionswissenschaftler René Girard hat darauf hingewiesen, dass auch in säkularen Gesellschaften der eigentlich opferproduzierende Mechanismus noch immer intakt ist: der Sündenbockmechanismus. In Krisensituationen neigen Gesellschaften dazu, ihr Aggressionspotenzial auf unschuldige Dritte zu projizieren und abzureagieren. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten ist für unsere Kultur das schlimmste Beispiel eines solchen Sündenbocksyndroms.

Die Autorität der Opfer

Wir leben Gott sei Dank in einer opfersensibleren Zeit, aber zugleich sind wir Zeugen, dass unsere Weltgesellschaft unzählige neue Opfer hervorbringt. Letztlich drängt uns das Opferthema dazu, uns ständig und wachsam mit dem Problem von Gewalt auseinanderzusetzen. Darum ist die Erkenntnis der „Autorität der Leidenden“ (J. B. Metz) ein unverzichtbarer, wenngleich schmerzvoller und konflikthafter gesellschaftlicher Erkenntnis- und Erinnerungsvorgang. Nur eine opfererinnernde Kultur schützt gegen jene moralischen Abstumpfungen, denen wir täglich ausgesetzt sind.

Univ. Prof. Dr. Franz Gruber
Kath.-Theol. Privatuniversität, Linz

Vermisst. Wozu Kriegerdenkmäler schweigen.

Fr., 11. April 2014, 16 bis 22 Uhr

Bildungszentrum Maximilianhaus Attnang-Puchheim, Gmundner Str. 1b

Stein gewordenes Gedenken an die beiden Weltkriege findet man vor beinahe allen Kirchen oder auf den Ortsplätzen. Die genannten „Helden und Opfer“ sind Soldaten, ungenannt bleiben zum Beispiel Vertriebene, Opfer von Euthanasie und Vernichtung, Frauen sowie zivile Kriegsopfer. Auch Hinweise auf die Verantwortung der Täter, Verbrecher und Anstifter sucht man vergebens – nivelliert der Tod alle zu Opfern? Die Tagung widmet sich den Fragen nach Opfer- und Tätergedenken in Oberösterreich, die in den wiederkehrenden Gedenkritualen und der künstlerischen Gestaltung der Denkmäler (nicht) zum Ausdruck kommt.

Wie kann in unserer veränderten Sicht der Geschichte eine pietätvolle Haltung der Erinnerung zum Ausdruck kommen?

ReferentInnen: PD Dr. Christian Fuhrmeister, Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München; Ao.Univ.Prof. Dr.ⁱⁿ Helga Embacher, Professorin für Zeitgeschichte der Universität Salzburg, Mitarbeiterin am Zentrum für jüdische Kulturgeschichte Salzburg
Tagungsbeitrag: 15 Euro

Info/Anmeldung: ☎ (07674) 665 50, maximilianhaus@dioezese-linz.at

Social Media for Politics!

Sa., 17. Mai 2014, 9 bis 13 Uhr

Cardijn-Haus, Linz, Kapuzinerstr. 49

Soziale Medien sind ein zentraler Bestandteil im Alltag von Jugendlichen. Obwohl sie „digital natives“ sind, mangelt es ihnen vielfach an der Kompetenz, mittels sozialer Medien an einer demokratischen Willensbildung aktiv teilzunehmen. Soziale Trennlinien verschärfen die digitale Kluft. Die generell vorhandene Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen kann dennoch durch Soziale Medien gesteigert werden. An diesem Vormittag werden Ansätze dazu erklärt, erprobt und diskutiert. Eigene Laptops, Tablets, Smartphones (nach Möglichkeit) bitte mitbringen.

Referent: Mag. Stefan Huber, ICT&S Center der Uni Salzburg, Assistent im Forschungsfeld Informations-/Kommunikationstechnologie und Gesellschaft mit Schwerpunkten in E-Partizipation und Politischer Bildung mit Online-Medien.

TeilnehmerInnen-Beitrag: 10 Euro

„Vom Leben mit dem Krieg – Oberösterreich im 1. Weltkrieg“

Do., 20. März 2014, 16 bis 16.30 Uhr

Diözesanhaus Linz, Kapuzinerstr. 84, kleiner Saal, EG

Anschließend Gang zum Schlossmuseum und Führung durch die Ausstellung (bis 19 Uhr) mit dem Zeitgeschichtler Dr. Helmut Fiederer.

Kosten: 8 Euro

Info/Anmeldung: ☎ (0732) 76 10 - 32 51, sozialreferat@dioezese-linz.at

Reise nach Schweden: Sozialmodell & Mittsommernacht

**Begegnungen mit verschiedenen Aspekten des schwedischen Sozialstaates
Mittsommernachtsfest, Kultur & Natur**

Fr., 13. bis So., 22. Juni 2014

Wie steht es wirklich um das berühmteste aller Sozialmodelle? Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben die Schweden ein umfassendes System der sozialen Absicherung aufgebaut. In Europa gilt Schweden als Pionier des Wohlfahrtsstaates und Vorzeigemodell. Doch hinter der Fassade tun sich Konflikte auf. Es klaffen zwischen Anspruch und Realität in Bezug auf Integration offenbar große Lücken – wie auch Ausschreitungen im Juni des Vorjahres zeigten. Wir werden versuchen, uns durch Begegnungen mit verschiedenen Menschen und Organisationen ein Bild davon zu machen. Die Reise erfolgt klimafreundlich mit der Bahn über Hamburg

und Kopenhagen (Zwischenstopp mit Übernachtung zur Erkundung der dänischen Hauptstadt) und weiter mit dem schwedischen Hochgeschwindigkeitszug X2000 über die fast 8 km lange Öresundbrücke hinüber nach Schweden.

Wir bleiben fünf Tage in Stockholm, unsere Basis ist ein einfaches Hotel in einem ehemaligen und umgebauten Gefängnis auf der Insel Langholmen. Der Badestrand ist gleich vor der Haustür und von der nahen Metrostation sind wir im Nu auch im Zentrum dieser wunderschönen Stadt, die man auch per Kajak besichtigen kann. Weiters wer-

den wir in die wunderbare Welt der Schären (so heißen die vielen kleinen Inseln vor der Küste) und ins Innenland mit seinen vielen Seen fahren.

Als Höhepunkt und Abschluss werden wir am letzten Abend mit den Schweden Mittsommernacht feiern. Detailprogramm auf www.weltanschauen.at

Vorbereitender Studientag in Linz:
Fr., 16. Mai, 13 bis 18 Uhr
Cardijn-Haus, Linz, Kapuzinerstr. 49

Information/Anmeldung:

☎ (0732) 76 10 - 32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at

Stationäre Pflege im eigenen Risiko

Bis vor Kurzem konnte man sich auf der Homepage eines steirischen Sozialhilfverbandes mit dem „Heimkostenrechner“ die Kosten für einen Platz im Pflegeheim ausrechnen lassen – mit zwei einfachen Fragen, die Sinnbild für die österreichische Pflegefinanzierung sein können: (1) Ihre Pension brutto in Euro beträgt? Und (2) Ihre Pension reicht für die monatlichen Heimkosten nicht aus! Besitzen Sie Ersparnisse?

Das „eigene Risiko“ ist nach wie vor eines der bestimmenden Prinzipien in der Finanzierung von Pflege und Betreuung. Zentral sind ebenso die Familie sowie weitere Nahestehende, vorrangig Frauen, die Betreuungsleistungen erbringen. Denn Pflege ist kein solidarisch abgesichertes Lebensrisiko, obwohl es mittlerweile als soziales Risiko gesellschaftlich anerkannt ist.

Die 440.000 Menschen in Österreich, die Pflegegeld beziehen, werden zu mehr als 80 % zu Hause betreut, nur wenige von ihnen bekommen zusätzliche Unterstützung durch professionelle Hilfe wie z.B. mobile Dienste. Das Pflegegeld, das steuerfinanziert und zur freien Verwendung steht, wurde 1993 mit der Zielsetzung der „pauschalierten Abdeckung der pflegebedingten Mehraufwendungen“ geschaffen. Das Pflegegeld soll also nur einen Teil der Pflegekosten abdecken – der Familie bzw. den Pflegebedürftigen selbst kommen im österreichischen Wohlfahrtsstaat nach wie vor eine besondere Bedeutung zu.

100%ige Vermögenssteuer

Muss man ins Pflegeheim, schlägt eine 100%ige Vermögenssteuer (vulgo „Pech-Steuer“) zu. Alles wird verwertet, bevor die öffentliche Hand für die Finanzierung von Leistungen einspringt. Dieser Eigenregress kommt bei der Inanspruchnahme von professionellen sozialen Dienstleistungen zum Tragen. Zurück bleibt ein geringer Freibetrag, unterschiedlich je nach Bundesland bis zu ca. 10.000 Euro; zwingend wird dann die Inanspruchnahme von Sozialhilfe während eines Heimaufenthalts. In der Steiermark wird seit

Kurzem auch wieder auf die Kinder als Kostenträger zurückgegriffen. Dies trifft ärmere Menschen stärker als reichere, denn diese können sich auch vor dieser 100%igen Vermögenssteuer schützen, indem sie sich ihre Pflegeleistungen selbst zukaufen.

Oft wird daher mehr Solidarität gefordert und ein besseres Ausgleichssystem in der Pflegefinanzierung. Dies wird in einer Pflegeversicherung vermutet, abgeleitet von positiven Erfahrungen im österreichischen Versicherungsstaat. In Deutschland gibt es eine solche seit 1995, doch durch die zusätzliche Belastung des Faktors Arbeit ist diese Pflegeversicherung oft defizitär und daher suboptimal. Die Defizite sind nicht zuletzt der seit den 1970ern stetig sinkenden Lohnquote geschuldet, die ausdrückt, dass Besitz- und Gewinneinkommen stärker vom Wirtschaftswachstum profitieren als Lohneinkommen. Eine weitere Belastung der Löhne wäre also kontraproduktiv. Vielmehr können die verschiedenen Modelle der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerungen einen Ansatzpunkt liefern, um neben notwendigen staatliche Mehreinnahmen einen gesellschaftlichen Ausgleich und eine solidarische Pflege-Absicherung zu erwirken.

Anreize und Investitionen

Oft werden auch spezifische Anreize als Argumentationen für die Beibehaltung des eigenen Risikos ins Treffen geführt. Fällt der Eigenregress, werden verstärkt Pflegeheime in Anspruch genommen, und das wird teuer, lautet die Befürchtung. Oder: Wird das Pflegegeld erhöht, werden öfters mobile oder teilstationäre professionelle Dienstleistungen genutzt, die ebenfalls der Allgemeinheit teuer kommen. Und schließlich: Wird eine solidarische Finanzierung für alle ermöglicht, werden jene, die keine Kinder haben, Vorteile aus ihrer Kinderlosigkeit ziehen können (weil sie sofort in den Genuss von außerfamiliären, professionellen Dienstleistungen kommen).

Doch darauf wird niemand ernsthaft seine Familienplanung abstellen. Und

die vermehrten „Kosten“ durch soziale Dienstleistungen sind als Investitionen zu betrachten – Investitionen in die älteren Menschen, die gute Betreuung erfahren, und in die pflegenden Angehörigen, die dringend Entlastung benötigen. Und als Investitionen in unsere Wirtschaft, weil soziale Dienstleistungen ein wichtiger Beschäftigungsmotor, besonders in ländlichen Gebieten, sind.

Letzteres hat auch die aktuelle Regierung in ihrem Regierungsüberkommen anerkannt. Jedoch bleiben die großen Weichenstellungen in der Pflegefinanzierung aus – die Abschaffung des Eigenregresses steht unter Finanzierungsvorbehalt, der Widerspruch zwischen Erhalt der Angehörigen als Betreuungskräfte und fehlender Unterstützung wird nicht aufgelöst und schließlich wird zwar weiteres Geld im Rahmen des Pflegefonds zur Verfügung gestellt, jedoch ohne große Systemverbesserungen zu bewirken.

Schaffung eines Ausgleichs

Bei einer solidarischen Absicherung und Finanzierung der Pflege geht es letztlich darum, einen Ausgleich zu schaffen, welcher der öffentlichen Hand obliegen soll. Berechnungen des Wifo und der WU Wien lassen Einnahmen in der Höhe zwischen 1 und 2,5 Mrd Euro pro Jahr durch verschiedene Modelle der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung vermuten. Verglichen mit den derzeitigen Ausgaben der öffentlichen Hand für Pflege, jährlich etwas mehr als 4 Mrd Euro, schlummert hier großes Potenzial. Finanziert werden könnten vor allem eine Indexanpassung des Pflegegeldes, das seit seinem 20-jährigen Bestehen mehr als ein Viertel seines Wertes durch die Inflation verloren hat, sowie soziale Dienstleistungen, wie Tageszentren, mobile Dienste, Kurzzeitpflege, Ersatzpflege etc., um vor allem Angehörige und damit Frauen zu entlasten.

Mag.^a Katharina Meichenitsch
*Ökonomin und Sozialexpertin der
Diakonie Österreich*

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
 sse - interesse - interesse - interesse - in
 se - interesse - interesse - interesse - in
 e - in

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

I. Gabriel/P. Steinmair-Pösel (Hg.): Gerechtigkeit in einer endlichen Welt. Ökologie – Wirtschaft – Ethik, Matthias Grünewald Verlag, Ostfildern 2013, 264 Seiten. EUR 29,-

Internationale Gerechtigkeit ist eine der zentralen Fragen der Ökologie und Wirtschaft und hat auch einen hervorragenden Platz im Ökumenischen Sozialwort. Wie kann Gerechtigkeit – ein gutes Leben für alle – in Anbetracht der zur Neige gehenden Ressourcen verwirklicht werden? Was können die christlichen Kirchen, die Theologie, die Ethik zur Diskussion beitragen? Wie kann eine ökologisch nachhaltige Entwicklung gestaltet werden? Diesen Fragen stellte sich eine ökumenisch und interdisziplinär ausgerichtete Fachtagung, die im Jänner 2013 an der Universität Wien stattgefunden hat und deren Tagungsbeiträge dieser Sammelband dokumentiert. Spirituelle Ressourcen für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftskultur, Klimagerechtigkeit, Mobilität, Humanökologie und Nachhaltigkeit sind die behandelten Themen.

I. Trojanow: Der überflüssige Mensch. Residenz Verlag, St. Pölten 2013, 90 Seiten. EUR 16,90

In seinem blendend geschriebenen Essay sieht Trojanow das größte Problem der Menschheit in der Überbevölkerung. Aber wer ist oder wird überflüssig? In unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist nur der wichtig, der produziert und konsumiert. Es ist ein beinhardter Kampf ums Überleben. Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem kennt viele Opfer. Trojanow meint: Wir brauchen Träume, Visionen von einer besseren Gesellschaft. Man kann für die Überwindung des herrschenden Systems sein und trotzdem für erste, bescheidene, alternative Schritte eintreten. Die Revolution von morgen beginnt schon heute im Kleinen. Wir dürfen angesichts man-

cher Rückschläge nicht verzweifeln, sondern wir müssen weiterkämpfen. Es gibt keine Alternative zu organisiertem, empathischem und gemeinsamem Handeln. Auch wenn es uns schwer fällt unter dem Zwang, unentwegt zu funktionieren und zu konsumieren.

B. Heinzlmaier/Ph. Ikrath: Generation Ego. Die Werte der Jugend im 21. Jahrhundert. Promedia Verlag, Wien 2013, 206 Seiten. EUR 17,90

Ein Vorwurf wird der Jugend häufig gemacht: Sie hat keine Werte. Kennzeichnend für unsere moderne Gesellschaft sind Individualisierung und Ökonomisierung. Erfolg braucht Selbstvermarktung, man muss kreativ und unverwechselbar erscheinen („soziale Netzwerke“, Castingshows usw.). Welche Werthaltungen nun junge Menschen unter diesen Rahmenbedingungen entwickeln, behandelt dieses Buch. Jugend und Moral, Jugend und Politik, Jugend und Bildung, Ausbildung und Arbeitswelt, Jugend und Populärkultur, Jugend und Internet. Am Schluss geben die Autoren noch einen Ausblick auf die Werthaltungen der Jugend von 2030. Sie werden genau so heterogen sein wie die heutigen, vielleicht etwas postmaterialistischer.

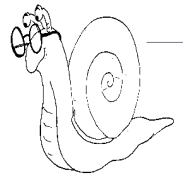
Herders Neuer Bibelatlas

Leicht lesbare Texte angesehener Wissenschaftler erläutern auf dem neuesten Stand der Forschung örtliche Gegebenheiten und historische Entwicklungen. Sowohl die unterschiedlichsten sozialen und ökonomischen Einflüsse als auch die jeweiligen Umbrüche und Veränderungen werden thematisiert. Herders Neuer Bibelatlas ist mit über 200 völlig neu erstellten Karten und dem umfangreichen Bildmaterial eine optimale Ergänzung und Weiterführung des vom Bibelwerk Linz herausgegebenen „Herders Neuen Bibellexikon“.

Herders Neuer Bibelatlas, 400 großformatige Seiten, Bibelwerk Linz 2013, Euro 59,70 (für Interesse-LeserInnen jetzt zum Sonderpreis von Euro 51,40 – portofrei)

Bestellung: ☎ (0732) 76 10 - 32 31
 bibelwerk@dioezese-linz.at

Von Urfahr siegen lernen: Sportliche Lumpen



Der Putin wird zum russischen Problembären. Nicht dass von ihm jemals Beiträge zu unserer lieben Demokratie gekommen wären – aber wie der sich gerade aufbudelt, das ist, sozialpädagogisch gesprochen, nicht okay. Seine offensive Angst vor Homosexuellen macht ihn zur Dumpfbacke. Andererseits will er aber, dass alle zu den Spielen kommen. Die ethisch progressiven Staatshäupter zeigen ihm, diplomatisch verbrämt, den Vogel. Strache und Faymann wollen aber zu Putins Party, weil man weiß ja nicht, wer sich einmal durchsetzt: der Doofe oder die halbwegs Gescheiten. Herr-jeh, das sind moralische Schluchten! Es scheint, als seien die Olympischen Spiele nur noch für Schurkenstaaten attraktiv.

Wie immer habe ich einen Rat zur Weltverbesserung, wie immer verrate ich ihn nur Ihnen: Da ich mich ohnehin schon länger mit dem Gedanken einer eigenen Staatsgründung trage, möchte ich vorschlagen, zum Beispiel Urfahr die Autonomie zu schenken. In diesem Freistaat muss niemand Steuern bezahlen oder den Hundekot aufheben. Sobald das internationale Gesindel Wind vom neuen Spielplatz bekommt, wird es sich ansiedeln. Ich wette, dass der Putin sich gleich das Jahrmarktgelände kauft! Man soll das nicht verhindern. Als Hauptprojekt bewirbt sich der Freistaat Urfahr um die Olympischen Spiele (sommers an der Donau, winters auf dem Pöstlingberg) und verspricht, sieben Stadien zu bauen.

Klingt unangenehm? Ja sicher, aber hier der Plan: Sobald Urfahr den Zuschlag bekommen hat, wird es friedlich zurückerobert und sämtliche Schmutzgelder beschlagnahmt – denn wer bei einer so windigen Sache mitmacht, gehört ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. Und das Olympiakomitee wird seine Verpeiltheit erkennen und sich recht genieren. Bestimmt.

Ihre Weinbergsschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - interesse
e - int

TERMINE

Gesellschaftspolitische Tagung auf 2015 verschoben:

Willkommen in Österreich! Asyl und Fremdenrecht in der Praxis

Sa., 14. bis So., 15. März 2015
Bildungshaus Schloss Puchberg,
Wels
Referent: DDr. Michael Landau

Politischer Aschermittwoch

Mi., 5. März 2014, 20 bis 22 Uhr
Bildungshaus Schloss Puchberg,
4600 Wels, Puchberg 1
Referentin: Susanne Scholl
Kosten: 15 Euro
Anmeldung: ☎ (07242) 475 37-0
puchberg@dioezese-linz.at

Mut und Engagement!

Politische und demokratische BürgerInnenbeteiligung

Grundkurs Politik
Fr., 7. März 2014, 17 Uhr bis
Sa., 8. März 2014, 17 Uhr
Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels
Referentinnen: Dipl.Päd.ⁱⁿ Renate Sova,
MMag.^a Susanne Loher
Kosten: 50 Euro
Anmeldung: siehe oben.

Wie füllen wir unsere Einkaufs- wägen in Zukunft?

Weg in eine ökologische und soziale
Zukunft mit Permakultur
Di., 11. März 2014, 19 bis 21 Uhr,
Bildungszentrum Maximilianhaus,
4800 Attnang-Puchheim,
Gmundner Straße 1b
Referent: Bernhard Gruber
Beitrag: 11 Euro
Anmeldung: ☎ (07674) 66 55 0
maximilianhaus@dioezese-linz.at

Papst Franziskus und die Zukunft der Kirche. Bilanz und Ausblick.

Do., 13. März 2014, 19.30 Uhr,
Bildungszentrum St. Franziskus,
4910 Ried i. L., Riedholzstraße 15 a
Referent: Univ.Prof. Dr. Franz Gruber,
Kath.-Theol. Hochschule, Linz
Kosten: 7 Euro

Anmeldung: ☎ (07752) 827 42,
franziskushaus@dioezese-linz.at

Sozial-Stammtisch

EU-Wahl (2014) und ihre
Auswirkungen
Do., 13. März 2014, 19 Uhr, Cardijn-
Haus, 4020 Linz, Kapuzinerstr. 49
Referent: Univ.Prof. Dr. Josef Weiden-
holzer, EU Abgeordneter

Pax Christi OÖ:

Ökumenisches Friedensgebet

Di., 18. März 2014, 19 Uhr,
Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, Linz

Zivilcourage-Training für Junge Erwachsene und Zivildienere

Sa., 22. bis So., 23. März 2014
Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, Linz
Kooperationsveranstaltung von Pax
Christi OÖ, KAB OÖ und KJ OÖ
Kosten: 35 Euro
Anmeldeschluss: 15. März 2014
Anmeldung: Katholische Jugend OÖ,
Manfred Hofmann


Autofasten
Heilsam in Bewegung kommen

Autofasten ...

- Die eigene Mobilität überprüfen, von Aschermittwoch, 5. März bis Karsamstag, 19. April 2014.
- Bahn, Bus, Fahrrad, Füße, Fahrgemeinschaften bewusst probieren und nutzen.
- Fit werden und fit bleiben.
- Gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestalten.
- Die Kosten Ihrer ÖÖVV-Karten zurückgewinnen: Erfahren Sie mehr unter www.autofasten.at/ooe

Eine Initiative der Umweltbeauftragten der katholischen und
evangelischen Kirche Österreichs.



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at
www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
Erscheinungsort Linz, P.b. GZ 02Z031665 M


Katholische Kirche
in Oberösterreich

☎ (0732) 76 10-33 20
manfred.hofmann@dioezese-linz.at

Das neue Sozialwort der christlichen Kirchen in Österreich

Fr., 28. März 2014, 17 bis 22 Uhr
Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels
Referentin: Dr.ⁱⁿ MMag.^a Magdalena
Holztrattner, Direktorin der KSOE
Wien
Kosten: 15 Euro
Anmeldung: ☎ (07242) 475 37-0
puchberg@dioezese-linz.at

Vermisst. Worüber Krieger- denkmäler schweigen

Fr., 11. April 2014, 16 bis 22 Uhr
Bildungszentrum Maximilianhaus
4800 Attnang-Puchheim
Kosten: 15 Euro
Anmeldung/Details siehe Seite 5.

Social Media for Politics!

Sa., 17. Mai 2014, 9 bis 13 Uhr,
Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, Linz
Referent: Univ.Ass. Mag. Stefan
Huber, ICT&S Center der Universität
Salzburg; Details siehe Seite 5.
Kosten: 10 Euro
Anmeldung: ☎ (0732) 76 10-32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at